

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/80

28. April 1975

Es geht um unseren Staat

Die Bürger fühlen sich in der freiheitlich demokratischen Grundordnung geborgen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Vertrauen für den portugiesischen Weg

Die Lehren aus dem freien Votum der Wähler

Von Bruno Friedrich MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
und Mitglied des SPD-Vorstands

Seite 3 / 32 Zeilen

Bidenkopfs Kraftakt für Kohls Kandidatur

Aber die CDU ist nach wie vor von der CSU abhängig geblieben

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstands

Seite 4 / 45 Zeilen

Ein Europäer zieht Bilanz

Zum Ausscheiden Jean Monnets aus dem Aktionskomitee

Seite 5 und 6 / 88 Zeilen

Kontaktgruppe notwendig

Für bessere Zusammenarbeit zwischen ARD/ZDF und Behörden bei Ausnahmesituationen der Berichterstattung

Von Hermann P. Reiser MdB
Vorsitzender der Medienkommission der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft

Seite 7 / 29 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

6300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 83 37 - 88
Telex: 04 85 848 - 48 ppbn d

Es geht um unseren Staat

Die Bürger fühlen sich in der freiheitlich demokratischen Grundordnung geborgen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Kette sich in ihrer Intensität steigernder Anschläge von der Ermordung Günter von Drenkmann über die Entführung Peter Lorenz und die durch sie erprobte Freigabe von fünf rechtskräftig verurteilten Verbrechern bis zur Besetzung der Deutschen Botschaft in Stockholm hat über jeden Zweifel deutlich gemacht, wovon die Terroristen zielen: Nicht auf einzelne Personen, nicht auf einzelne Gruppen oder Institutionen, sondern auf unseren Staat. Sie wollen den Staat, diese Bundesrepublik Deutschland, in Nachahmung der von ihnen in Anspruch genommenen Vorbilder - und so wie sie das in zahlreichen Pamphleten und Schriften angekündigt haben - diskreditieren, verunsichern, auch zu Überreaktionen herausfordern und schließlich funktionsunfähig machen. Erst dann glauben sie ihre Stunde wirklich gekommen; die Stunde, in der sie eine wie auch immer geartete Diktatur einer selbsternannten Elite an die Stelle unserer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung setzen wollen.

Die Gefahr, die von den Terroristen ausgeht, ist nicht zu unterschätzen. Ihr Potential ist größer als manche das bisher angenommen haben. Auch die Zahl derer, die mit ihnen auch jetzt noch sympathisieren oder ihnen ungewollt durch ihr Verhalten - und sei es durch Schweigen nach früheren ermutigenden oder doch verständnisvollen Äußerungen helfen - ist im In- und Ausland noch immer nicht ganz unbeträchtlich.

Die realistische Einschätzung der Gefahr ist der erste Schritt zu ihrer Überwindung. Beschönigungen sind dabei ebenso verfehlt wie Übertreibungen. Sodann muß der Staat seine verfassungsmäßigen Machtmittel mit der Entschlossenheit einsetzen, die der kalte Fanatismus der Terroristen erfordert. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat mit vollem Recht dazu in seiner Regierungserklärung vom 25. April 1975 gesagt, der Staat müsse seine Befugnisse zu diesem Zweck bis an die rechtsstaatlichen Grenzen ausschöpfen. Als Bundesjustizminister unterschreibe ich diesen Satz ausdrücklich. Entgegen allen Trends, die bis gestern da und dort modisch waren, füge ich hinzu: Ein Staat, der sein Gewaltmonopol antasten, der sich zum Spielball und Gespött der Destruktion machen läßt, denkt ab und verfehlt den obersten Auftrag unseres Grundgesetzes: Nämlich alle Rechtsgenossen durch die Anwendung der Gesetze in ihren Freiheiten und Grundrechten zu schützen. An die Stelle einer Rechts- und Friedensordnung, die sich keine Achtung mehr verschafft, würde zunächst

ein Chaos und dann sehr bald eine Diktatur, und zwar mit großer Wahrscheinlichkeit eine reaktionäre, eine Rechtdiktatur treten.

Aber damit ist es nicht getan. Der Staat braucht nicht nur Organe, die seine Machtmittel entschlossen einsetzen, er braucht auch die breite Solidarität seiner Bürger. Diese Solidarität ist latent vorhanden. Entgegen aller Schwarzmalerei und Panikpropaganda von rechts und entgegen aller Bemühungen der Neuen Linken, unseren Staat als Agentur des Monopolkapitals, als kapitalistisches Repressionsystem und als reformunfähiges Instrument der Klassenherrschaft zu verteufeln und zu diffamieren, wissen die Menschen - und zwar gerade auch die breiten Schichten der Arbeitnehmer sehr genau, was dieser Staat für sie bedeutet. Sie wissen, daß dieser Staat nicht zuletzt infolge der sozialdemokratischen Politik eines der wirtschaftlich, sozial und auch politisch stabilsten Gemeinwesen ist, daß Hunderte von Millionen Menschen glücklich wären, wenn sie auch nur einige Monate unter den materiellen Bedingungen unserer Bundesrepublik und mit dem Maß an rechtsstaatlich gesicherter Freiheit und sozialer Sicherheit leben könnten, das wir als ganz selbstverständlich ansehen.

Jetzt, unter dem Eindruck des Terrors äußert sich diese Solidarität aller Orten. Die Menschen wissen, daß noch vieles verbessert und geändert werden muß, daß es unablässiger Reformen bedarf. Aber sie empfinden diesen Staat als ihren Staat, als eine Heimat, die ihnen Schutz und Geborgenheit bietet. Und sie sind es leid, täglich neuen Uninn über den Zustand dieses Staates aufgetischt zu bekommen. Deshalb zielen die Terroristen bewußt auch darauf, das zu zerstören, was sie die Massenloyalität gegenüber dem Staat nennen. Und deshalb müssen umgekehrt die Sozialdemokraten an die Spitze der Solidaritätsbewegung treten - vom Staatsverständnis des Godesberger Programms aus. Vom Verständnis eines Staates aus, der übrigens auch legitimiert ist, Opfer zu verlangen und mit Toleranz nur den Toleranten zu begegnen.

Mag in Zirkeln und Sekten weiter über die Reformfähigkeit und die Systemgrenze gestritten und das Problem erörtert werden, ob Gesetzesverletzungen Reformen vorentreiben und ob sie im Grunde nicht nur Gegengewalt gegen die Gewalt der Gesellschaftsstrukturen darstellen. Mögen einzelne auch jetzt noch meinen, die wichtigste Aufgabe sei unverändert, dem Staat immer neue Fesseln anzulegen und immer neue Konflikte in seine Institutionen zu tragen. Unser Volk ist darüber schon zur Tagesordnung übergegangen; es vertraut Helmut Schmidt, Willy Brandt und den Sozialdemokraten gerade deshalb, weil es weiß, daß es um unseren Staat geht, und weil es ihnen zutraut, daß sie unseren Staat in Ordnung halten. (-/28.4.1975/ka/pr)

+ + +

Vertrauen für den portugiesischen Weg

Die Lehren aus dem freien Votum der Wähler

Von Bruno Friedrich Meß

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagesfraktion
und Mitglied des SPD-Vorstands

Die portugiesischen Wähler haben das seit Monaten in der Bundesrepublik höchst intensiv verbreitete Klischee über Portugal widerlegt. Hatte man nicht von einem unaufhaltbaren Weg zur kommunistischen Volkdemokratie gesprochen? Von einem Bündnis kommunistischer Offiziere mit der Kommunistischen Partei? Hatte das demokratische Europa, hatte die Europäische Gemeinschaft sich nicht, teils laut, teils stillschweigend der Erwartung hingegeben, man müsse Portugal für Europa und für die NATO abschreiben?

Das Wahlergebnis sollte zu einer Korrektur der bisherigen Haltung besonders in drei Punkten führen:

1/ Das Verhältnis zu den Offizieren der MFA muß neu überdacht werden. Sie haben Wort gehalten und freie Wahlen zugelassen. Davon ausgehend, sollte man ihre Erklärung als gültig akzeptieren, daß sie nur für eine Zeit von drei bis fünf Jahren die Entwicklung zur Demokratie garantieren wollen.

2/ Die Wahlhandlung war nicht, wie vor der Wahl oft behauptet, nur ein formaler Akt. Mit der Entkolonialisierung und der Durchführung freier Wahlen hat Portugal in bewundernswerter Weise zwei der drei großen Probleme des Landes gelöst.

3/ Portugal steht nun vor seiner schwierigsten Aufgabe: Dem Aufbau einer demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung, von den Portugiesen der "portugiesische Weg zum Sozialismus" genannt. Hier muß Europa den Portugiesen bei der Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme helfen. An erster Stelle stehen Investitionen für Arbeitsplätze, Beratung und Hilfe bei der überfälligen Landreform sowie Unterstützung bei der Bildungsreform.

Auf die Bundesrepublik Deutschland richten sich die Blicke vieler Portugiesen. Der Wahlsieger Mario Soares hat sich - mitorientiert am Godesberger Weg - für eine Sozialistische Partei Portugals als Volkspartei entschieden. Dies war das Fundament seines Wahlsieges. Sein "portugiesischer Weg" deckt sich nicht nur mit den Wünschen der Wähler der Sozialistischen Partei, er entspricht auch den Vorstellungen vieler Offiziere der MFA. Der für Ende Mai angekündigte Bonn-Besuch des portugiesischen Außenministers Melo Antunes, der dem Revolutionerrat angehört, sollte Anlaß sein, um die Beziehungen der Bundesrepublik zum neuen Portugal zu verstärken. Ein demokratisches Portugal hat Anspruch auf unsere Hilfe.
(-/28.4.1975/ks/pr)

+ + +

Biedenkopfs Kraftakt für Kohls Kandidatur

Aber die CDU ist nach wie vor von der CSU abhängig geblieben

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der CDU-Vorsitzende und seine Getreuen haben am Wochenende einen Kraftakt gestartet. Angesichts der entscheidenden Kursverluste von Dr. Gerhard Stoltenberg und des rapiden Sympathieschwundes von Franz Josef Strauß hielt CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf offensichtlich den Zeitpunkt für gekommen, in Sachen Kanzlerkandidatur Pflöcke zu setzen und den Anspruch von Dr. Helmut Kohl in den Bereich des Selbstverständlichen zu transportieren. Dieser Versuch, die Gunst der schwachen Stunden von Kohls Konkurrenten zu nutzen, lag in Anbetracht der sich stabilisierenden Stimmungslage in eine Reihe von CDU-Landesverbänden und den nahezu uneingeschränkten Voten der Sozialausschüsse und der Jungen Union für einen Kanzlerkandidaten Kohl seit Tagen in der Bonner Luft. Besorgte bis alarmierende Hinweise aus Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, wo sich die CDU-Wahlkämpfer immer wieder hertöckigen Fragen nach der personellen Alternative der Opposition zu Bundeskanzler Helmut Schmidt ausgesetzt und ausgeliefert sehen, dürften den letzten Anstoß für die Aktion aus der CDU-Zentrale gegeben haben.

Ob damit das Gerangel um den Platz eins in der Opposition eine wirkliche Vorentscheidung erfahren oder gar einen Abschluß gefunden hat, bleibt allerdings zweifelhaft. Darauf geben die Reaktionen aus dem CSU-Hauptquartier in München und aus der Umgebung des Auch-Müchtgern-Kandidaten Dr. Gerhard Stoltenberg sehr deutliche Hinweise. Aus München läßt die CSU-Landesleitung ebenso offiziell wie Kohl wissen, daß die Empfehlung des CDU-Generalsekretärs für die Nominierung des Kanzlerkandidaten der Opposition lediglich persönlichen Charakter haben könnte und damit dem vom CSU-Generalsekretär im Namen seines Präsidiums angemeldeten Anspruch für Franz Josef Strauß in der Wichtigkeit keineswegs vergleichbar sei. Der CSU-Vorsitzende Strauß dazu wörtlich: "Das ist für mich völlig uninteressant! Was Herr Biedenkopf sagt, ist seine Sache!". Und aus Kiel verläutet nicht weniger nachdrücklich, daß der nur noch mit einer Stimme-Mehrheit in Schleswig-Holstein regierende und damit an der Meßlatte der rheinland-pfälzischen Landtagwahl gescheiterte Stoltenberg trotzdem und nach wie vor entschlossen sei, sich auch einer Kampfabstimmung über die Kanzlerkandidatur zu stellen.

Die demnach unvermindert anhaltenden Führungskämpfe in der Opposition werden auf jeden Fall in letzter Instanz in München entschieden. Wenn Dr. Helmut Kohl von dort gnädige Zustimmung finden und grünes Licht für die Bewerbung um die Kanzlerkandidatur erhalten sollte, dann wird er selbst und die von ihm repräsentierte Teil der CDU einen hohen politischen Preis zahlen müssen. Es ist zu befürchten, daß dieser Preis nicht nur in der vorübergehenden Übernahme der in Sonthofen protokollierten Strauß-Strategie zur Erzeugung von Katastrophen- und Krisenstimmung besteht, sondern letztlich darauf hinausläuft, den Kräften des Rückschritts und der Reaktion auf lange Sicht, wenn nicht sogar endgültig, die Oberhand in der Opposition zu lassen.

Der von Biedenkopf unternommene Ausbruchversuch aus der Abhängigkeit von Franz Josef Strauß und der von ihm befehligten CSU macht das ganze Dilemma deutlich, in dem sich die gemäßigten Kräfte in der Union befinden.

(-/28.4.1975/ks/pr)

Ein Europäer zieht Bilanz

Zur Ausscheiden Jean Monnets aus dem Aktionskomitee

Nach mehr als 25 Jahren Arbeit für die europäische Einigung und 20 Jahren an der Spitze des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa zieht sich Jean Monnet zurück, um ein Buch zu schreiben: "ein Buch über die Philosophie der Idee und über die wesentlichen Gründe, die unsere Länder zur europäischen Einigung gedrängt haben". Es ist Gott sei Dank zu früh, um einen Nachruf auf Jean Monnet zu schreiben, obwohl er heute schon zu den historischen Persönlichkeiten unseres Jahrhunderts gehört.

Jean Monnet wurde am 9. November 1888 in Cognac geboren. Als Wirtschaftsfachmann war er in Frankreich, Japan, China und den USA tätig. Den Zweiten Weltkrieg verbrachte er größtenteils in London, wo er den unbekannteren Charles de Gaulle bei Churchill einführte. 1943/44 war er Mitglied des Befreiungsrates in Algier und der provisorischen Regierung. Trotz dieser Zusammenarbeit mit de Gaulle waren die politischen Konzeptionen der beiden Männer grundverschieden. Für de Gaulle war der Nationalstaat weiterhin die politische Grundordnung, und seine Verherrlichung Frankreichs hatte fest religiöse Züge.

Monnet dagegen als weitgereister Weltbürger ist von der Notwendigkeit überstaatlicher Organisationen, die das Zusammenleben der Staaten ordnen sollen, überzeugt. Damit die Beziehungen zwischen den Völkern nicht mehr durch die "Gewalt, die Ungleichheit und die Vorherrschaft" bestimmt werden, sondern so geregelt werden wie die Beziehungen der Menschen innerhalb eines Staates, gibt es nach Ansicht Monnets nur einen Weg: "Wir müssen gemeinsame Rechtsvorschriften erlassen, denen unsere Staaten und ihre Bürger sich unterwerfen, und wir müssen gemeinsame Institutionen schaffen, die für die Beachtung dieser Rechtsvorschriften Sorge tragen." (Gemeinsame Erklärung des Aktionskomitees vom 1. Juni 1964)

Diese Grundidee lag seinem Plan zugrunde, eine europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen, der dann vom französischen Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 verkündet wurde, und seiner unermüdlichen Tätigkeit für die Organisation der europäischen Einigung. Er hat dabei seinen eigenen Arbeitsstil entwickelt. Wenn eine Idee, wie z.B. die Wirtschafts- und Währungsunion, eine einigermaßen konkrete Gestalt annimmt, und wenn Monnet dann den Eindruck hat, daß Realisierungsmöglichkeiten vorhanden sind, beginnt ein langer Prozeß der Konsultationen und Diskussionen. Er läßt sich im allgemeinen von Experten ein Papier ausarbeiten, in dem die wesentlichen Punkte skizziert sind. Politiker, hohe Beamte, ja selbst Notenbankpräsidenten gehören zu den Autoren dieser Diskussionspapiere. Im Aktionskomitee wurden dann ein solches Papier und in einem späteren Stadium auch der dazugehörige Resolutionsentwurf für die Öffentlichkeit von Jean Monnet in Vieraugengesprächen mit den führenden Politikern der Mitgliedsparteien und Gewerkschaften diskutiert. Von diesen Gesprächen dringt nie etwas in die Öffentlichkeit,

weder über den Inhalt, noch auch über die Tatsache, daß das Gespräch überhaupt stattgefunden hat. In der Tat gehört die Diskretion in der Verhandlungsphase zu den Voraussetzungen des Erfolgs.

Jean Monnet war es gelungen, im Aktionskomitee fast alle nicht-kommunistischen Parteien und Gewerkschaften Europas an einen Tisch zu bringen. Es war gewiß der einzige Ort in Europa, wo die Regierungschefs, Gewerkschaftsführer und Oppositionsführer in kleinem Kreis, ohne Begleitung und ohne Protokoll die Grundprobleme der europäischen Einigung diskutierten. Die öffentlichen Erklärungen gaben nur wenig von der Substanz der Diskussionen wieder, aber darauf kam es auch nicht an. Jean Monnet wollte bei den führenden Politikern und Gewerkschaftern einen Denkprozeß in Gang bringen und neue Ideen lancieren, auch wenn deren Verwirklichung dann noch Jahre brauchte. Verzögerungen und Rückschläge nahm er zur Kenntnis, er betrachtete sie nie als letztes Wort der Geschichte. Wenn eine Sache jetzt nicht reif war, würde er sie eben später wieder aufgreifen.

In seiner Person haben sich in geradezu einmaliger Weise sonst gegensätzliche Eigenschaften vereint: eine unerschütterliche Zähigkeit in der Verfolgung des Ziels mit einer sehr großen Flexibilität in der Methode, eine wache und kühle Intelligenz mit einer ganz auf die praktische Umsetzung gerichteten Leidenschaft. Am Ende einer jeden Analyse steht bei ihm die Frage: Was kann man tun? Was kann man jetzt tun? Seine kleine, klare, dynamische Schrift spiegelt sein Bemühen wider, sich klar und verständlich auszudrücken; bevor ein Text veröffentlicht oder den Regierungen zugeleitet wurde, war an jedem Wort gefeilt worden, waren dem letzten Entwurf 30 frühere voreingegangen.

Wer heute mit Jean Monnet spricht, ist über die Energie dieses 86jährigen Mannes erstaunt, der weiterhin in die Zukunft hineinplant. Er hat sich nie die Zeit genommen, zu verweilen und in die Vergangenheit zurückzublicken, es sei denn, um daraus Lehren für die gerade laufende Aktion zu ziehen. Gewiß wird er auch jetzt keine Memoiren im herkömmlichen Sinne schreiben, sondern die Lehren aus einer erlebten Epoche ziehen, um denen einiges mitzugeben, die sein Werk fortsetzen werden.

Veronika Isenberg
(-/28.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Kontaktgruppe notwendig

Für bessere Zusammenarbeit zwischen ARD/ZDF
und Behörden bei Ausnahmesituationen der Berichterstattung

Von Hermann P. Reiser MdB

Vorsitzender der Medienkommission der
Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft

Das Programm bestimmten zeitweise die Entführer des Peter Lorenz. Die Rundfunkfreiheit und die Verantwortung der Intendanten für ihren jeweiligen Sendebereich waren außer Kraft. Die Medien-Kommission der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (IPA) in Bonn hatte die Frage zu prüfen, ob für künftige Ausnahmesituationen der Berichterstattung gesetzliche Änderungen oder Vorkehrungen erforderlich sind.

Als Sachverständige geben Rundfunk- und Fernsehintendanten, leitende Fernsehredakteure (Holzamer, v.Bismarck, Neuffer, Woller, Hübner) sowie der Bundesinnenminister Mehofer und Präsident Herold vom Bundeskriminalamt ihre Stellungnahmen ab. Die in der Kommission vertretenen Medienexperten aus den Länderparlamenten und dem Bundestag waren ebenso wie die Sachverständigen einhellig der Ansicht, daß parlamentarische Initiativen und Konsequenzen nicht notwendig sind.

Einig war sich die Kommission darüber, daß Krisenstäbe mehr über die technischen und optischen Möglichkeiten der Rundfunk- und Fernsahsender wissen müssen. Andererseits sollte wiederum der Wissensstand der Medienverantwortlichen hinsichtlich notwendiger Sondermaßnahmen der Behörden verbessert werden. Zu diesem Zweck soll in Kürze eine Kontaktgruppe aus Vertretern beider Seiten gebildet werden, die zwischen diesen Institutionen aufgekommene Fragen erörtern und klären wird. Das Ziel ist, in Ausnahmesituationen eine schnelle, reibungslose Verbindung zwischen Krisenstab und Medienspitze herzustellen. Ein Kontaktmann von ARD und ZDF im Krisenstab selber, wie er ursprünglich von den Intendanten gewünscht wurde, fand schließlich mit Hinweis auf den möglichen Interessenkonflikt keine Zustimmung.

Fazit der Kommission für Berichterstattung in derartigen Ausnahmesituationen: keine Sensationskonkurrenz der Sender untereinander, sparsam knappe Publizität in der aufgezwungenen Sache, ein Minimum an Polizei- und ein Maximum an Rechtsstaat.

(-/28.4.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller